

Urner Zeitung

Dienstag, 29. Mai 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 122 | Fr. 3.50 | € 4.- www.urnerzeitung.ch



Rück- und Ausblick
Sportchef Remo Meyer
hat mit dem FCL Hochs
und Tiefs erlebt. 44

Flüelens Geduld geht zu Ende

Seerose Bei der Gemeinde Flüelen ist erneut ein Gesuch um eine Verlängerung der Standplatzbewilligung für die Seerose eingegangen. Gemäss Gemeindepräsident Simon Arnold soll es aber keine weitere Fristverlängerung mehr geben: «Wir werden den Entscheid der Baukommission zur Entfernung der Seerose stützen», sagt Arnold. Das heisst: Findet die Besitzerin nicht innert Stunden einen neuen Standort, muss der Stahlkoloss verschrottet werden. Ob dies in Flüelen geschehen kann und unter welchen Auflagen, muss die Regierung als Grundeigentümerin des Sees entscheiden. Sie wird dies vermutlich schon heute tun. (bar) 23

Delegierte sagen Ja zu guten Zahlen

Kanton Uri Der Zweckverband Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri (Zaku) vereinheitlicht die Sammlung von Mischkunststoff. Ein 110 Liter fassender Sack kostet 2.60 Franken. Dieser kann an vielen Orten gekauft und an den verschiedenen Sammelstellen zurückgegeben werden. An der Wirtschafts- und Erlebnismesse Uri 18 steht die Lancierung des Urner Sacks im Zentrum.

Gutgeheissen wurde an der GV am Montagabend die Jahresrechnung, die mit einem Gewinn von rund 240 000 Franken abschliesst. Mit rund 5,5 Millionen Franken ist die Deponie das stärkste finanzielle Standbein der Zaku. (MZ) 23

Parlament wird transparenter

Bern Im zweiten Anlauf hat sich auch der Nationalrat für mehr Transparenz ausgesprochen. Im Vergleich zum Ständerat bleiben aber gewichtige Differenzen bestehen. Einig sind sich die Kammern, dass Ratsmitglieder in Zukunft im Register der Interessenbindungen ihre Arbeitgeber angeben müssen. Gemäss Ständerat soll jedoch auch vermerkt werden, ob die Politiker die aufgeführten Tätigkeiten ehrenamtlich ausüben oder nicht. Angegeben werden soll zudem, ob das Entgelt mehr als 12 000 Franken beträgt. Das ging dem Nationalrat zu weit. Die bürgerliche Mehrheit aus SVP und FDP setzte sich durch. (sda) **Kommentar 6. Spalte** 5

Schon wieder Neuwahlen

Italien Das Land bleibt politisch blockiert. Nach dem Scheitern der Regierungsbildung soll eine technokratische Übergangsregierung Italien in baldige Neuwahlen führen.

Italien kommt politisch nicht zur Ruhe. Nach dem gescheiterten Regierungsbildungsversuch vom Sonntagabend hat Staatspräsident Sergio Mattarella gestern die Bildung einer technokratischen Übergangsregierung in Angriff genommen. Als Ministerpräsident ist Carlo Cottarelli vorgesehen. Der 64-jährige Ökonom soll das Land in Neuwahlen führen, die laut Cottarelli im Frühjahr oder Anfang 2019 durchgeführt werden sollen.

Der Schritt war unausweichlich geworden, nachdem Mattarella den von den möglichen Koalitionspartnern Lega und Cinque Stelle vorgesehenen Wirtschafts- und Finanzminister, Paolo Savona, abgelehnt hatte.

«Meine Regierung wird neutral sein.»



Carlo Cottarelli
Designierter Ministerpräsident

Savona ist ein bekannter Eurokritiker. Mattarella sagte, mit Savona wäre ein Austritt Italiens aus dem Euro «wahrscheinlich oder vielleicht sogar unausweichlich geworden». Der Staatspräsident argumentierte mit der italienischen Verfassung. Laut dieser müsse er die Interessen der italienischen Sparer und Familien wahren, so der Staatspräsident. Der designierte Ministerpräsident Cottarelli versprach: «Meine Regierung wird politisch neutral sein und eine vorsichtige Finanzpolitik garantieren.»

Durch die Bildung einer Übergangsregierung ist die tiefe politische Krise, in der Italien seit den Parlamentswahlen vom 4. März steckt, indes nicht aus-

gestanden. Im Gegenteil: Die Gräben dürften noch tiefer werden. Die eurokritischen Parteien Lega und Cinque Stelle dürften die Neuwahlen zu einem Plebiszit über den Verbleib Italiens in der Gemeinschaftswährung hochstilisieren. Lega-Chef Matteo Salvini polterte: «Eines ist sicher: Die nächsten Wahlen werden zu einem Referendum – nämlich zu einer Abstimmung zwischen denen, die ein freies Italien wollen, und den anderen, die ein versklavtes Italien vorziehen.» Luigi Di Maio, Parteichef der Cinque Stelle, klagte: «Mattarella würde uns noch am Regieren hindern, wenn wir bei den Wahlen 80 Prozent der Stimmen erhielten.» (red) 2/3

Kommentar

Widerstand ist falsch

Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat lehnt es ab, mehr Auskunft über ihre Interessenbindungen zu geben. Mit 93 zu 92 Stimmen haben Vertreter von SVP, FDP und CVP gestern bei der Beratung des Parlamentsgesetzes einen wichtigen Passus gekippt. Demnach hätten Bundesparlamentarier deklarieren müssen, welche Ämter sie gegen Bezahlung ausüben. Wohlgermerkt: Es geht nicht um die Frage, wie viel Geld für Verwaltungsratsitze und Verbandspräsidien die Hand wechselt. Sondern nur darum, ob diese entschädigt werden. Neu würde ausgewiesen, ob dafür Jahresentschädigungen von 12 000 Franken oder mehr fließen – ohne die genauen Zahlen. Der Ständerat hatte dazu Ja gesagt.

Die Bürgerlichen im Nationalrat machten geltend, dies gehe zu weit. Lediglich ihren Arbeitgeber sollen Parlamentarier neu angeben. Ob andere Mandate bezahlt sind, soll die Öffentlichkeit nicht erfahren. Unternehmer würden sich sonst nicht mehr engagieren, sagte der Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz. Firmen würden ihren Mitarbeitern politische Arbeit nicht mehr erlauben. Mit Verlaub: Das ist blanker Unsinn.

Die politischen Ämter auf Bundesebene sind begehrt als je zuvor – bei den Wahlen 2015 waren es doppelt so viele Kandidaten als noch 1971. Gefragt sind die Parlamentsmandate, weil sie Zugang gewähren zu Macht und Netzwerken, in denen Geld zirkuliert. Die Milizparlamentarier sind auf bezahlte Mandate angewiesen. Und genau deswegen haben die Wähler ein Anrecht darauf, zu wissen, wer die Brötchen einer Person zahlt, die das Privileg eines Parlamentsmandats sucht. Der Volksmund sagt nicht von ungefähr, wes Brot ich ess, des Lied ich sing.



Fabian Fellmann
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

Europa nimmt den Kampf gegen den Plastik-Abfall auf



Brüssel Einweggeschirr, Trinkhalme, Wattestäbchen und Ballonhalter aus Plastik sollen in der Europäischen Union verboten werden. Mit dieser und weiteren Massnahmen will die EU-Kommission die Umwelt und speziell die Meere besser schützen. Allein in Europa sollen pro Jahr rund 36 Milliarden Stück an Trinkhalmen verbraucht werden. 7 **Bild:** Stefan Dahle/Getty

«Odysseerose» geht heute wohl zu Ende

Flüelen Die Seerose müsste längst aus Flüelen verschwinden. In Beckenried kann der geplante Teilrückbau wohl kaum erfolgen. Jetzt ist die Besitzerin wieder in Flüelen vorstellig geworden.

Bruno Arnold
bruno.arnold@urnerzeitung.ch

Eigentlich müsste die Seerose aus dem Flüeler Seebecken entfernt sein. Fakt ist aber: Sie rosetet dort noch immer vor sich hin. Doch heute könnte für den Stahlkoloss definitiv das letzte Stündchen schlagen. Die Gemeinde Flüelen will gemäss Gemeindepräsident Simon Arnold keine weitere Fristverlängerung mehr zulassen und ein neuerliches Gesuch der Besitzerin um eine Verlängerung der Standplatzbewilligung ablehnen. «Wir werden den Entscheid der Baukommission zur Entfernung der Seerose stützen», sagt Arnold. Das heisst: Findet die Besitzerin nicht innert Stunden einen neuen Standort, muss der Stahlkoloss verschrottet werden.

Ob dies in Flüelen geschehen kann und unter welchen Auflagen, das muss die Regierung als Grundeigentümerin entscheiden. Justizdirektorin Heidi Z'graggen will dem Entscheid der Gemeinde Flüelen nicht vorgehen. Es könnte aber durchaus sein, dass die Regierung – nach Rücksprache mit der Gemeinde – bereits an ihrer Sitzung von heute Dienstag einen entsprechenden Entscheid fällt.

Schon bald drei Jahre in Flüelen vor Anker

Die auch schon als «Odysseerose» bezeichnete Geschichte scheint fast schon unendlich. Zu den Fakten: Das Schiff der besonderen Bauart mit Kennzeichen LU 906 – so die offizielle Bezeichnung der schwimmenden Plattform – gehört der Gemeinnützigen Stiftung Musikpädagogisches Forschungszentrum Vitznau der Wiener Sängerknaben (kurz: MPF-Stiftung). Sie wird vom österreichischen Inves-



Die Seerose und Flüelen: Seit 2015 ist diese Kombination ein Dauerthema im ganzen Urnerland.

Bild: Urs Hanhart (Flüelen, 24. Oktober 2017)

tor und Musikliebhaber Peter Pühringer finanziert, der schon in den gut 3 Millionen Franken teuren Bau der Seerose einen namhaften Betrag investiert hat. Ihm gehört auch das Parkhotel in Vitznau. Die 460 Tonnen schwere Seerose liegt seit Herbst 2015 im Seebecken beim Areal der Firma Arnold & Co. AG («Kompagny») vor Anker.

Besitzerin verzichtet auf Beschwerde

Am 20. März hat die Regierung nach einem langen Hin und Her entschieden, dass der Stahlkoloss

aus dem Urnersee entfernt werden muss. Gegen diesen Entscheid hätte die Besitzerin eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Urner Obergericht einreichen können. Dies hat sie aber nicht getan. Mittlerweile ist die gesetzte Frist abgelaufen.

Die neusten Pläne der MPF zielen darauf ab, die Plattform umzubauen respektive auf dem Ponton und dem Kern des Schiffes eine neue Hülle und eine Überdachung zu montieren. Weil die Bewilligung für den Verbleib in Flüelen abgelaufen ist, hat die Stiftung deshalb Mitte Mai beim

Kanton Nidwalden ein Gesuch eingereicht, um die Plattform bei der Firma Wabag Kies AG in Beckenried umbauen zu können. Dieser Teilabbruch würde nach Meinung der MPF rund 2 bis 3 Monate in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit möchte man die definitiven Pläne und Bewilligungen für den späteren Betrieb der Seerose ausarbeiten respektive einholen. Kann der Weiterbetrieb nach drei Monaten nicht gesichert werden, soll der rund 100 000 Franken teure Rückbau fortgesetzt respektive die Seerose entsorgt werden.

In Flüelen darf die Seerose nicht mehr bleiben. Die Signale aus Nidwalden tönen ebenfalls nicht verheissungsvoll. Es dürfte auch in Beckenried keine temporäre Standplatzbewilligung für den Teilabbruch geben. Bei der Firma Shiptec AG, in deren Werft in Luzern die Seerose gebaut worden ist, gibt es so kurzfristig ebenfalls keinen Platz für die Abbrucharbeiten. Um die Verschrottung doch noch abzuwenden, ist die MPF deshalb wieder an die Gemeinde Flüelen und an die Urner Regierung gelangt. Gemeindepräsident Simon Arnold

bestätigte auf Anfrage, dass ein Gesuch der MPF um eine Verlängerung der temporären Standplatzbewilligung bis spätestens Ende Jahr eingegangen ist. «Sollte es keine andere Möglichkeit geben, möchte die MPF die Abbrucharbeiten am jetzigen Standort unter der Leitung der Firma Arnold & Co. AG vornehmen», so Arnold, seines Zeichens auch Geschäftsleitungsmitglied des Flüeler Unternehmens. Die MPF argumentiere, dass die Seerose zu gross und zu schwer sei, um sie ohne teilweisen Rückbau aus dem Wasser zu nehmen und auf dem Landweg abzutransportieren. «Die Eigentümerin möchte aber die Chance der Bewilligung für den Umbau bei der Wabag AG in Beckenried nicht vorzeitig vergeben», sagte Arnold weiter.

Bankgarantie in Aussicht gestellt

Die Besitzerin würde sich gemäss Gesuch verpflichten, das Schiff bis am 1. September aus dem Hoheitsgebiet des Kantons Uri zu entfernen oder dann mit dem Rückbau zu beginnen und diesen bis am 31. Dezember zu vollenden. Die Bewilligung für die Rückbauarbeiten soll deshalb bis am 31. Dezember 2018 dauern. So lange sollen Kanton und Gemeinde auch mit einer Vollstreckungsmassnahme oder mit einer Ersatzvornahme zu Lasten der Besitzerin zuwarten. Die MPF sei sogar bereit, für eine allfällige Ersatzvornahme eine Sicherheitsleistung in Form einer Bankgarantie auszustellen. Deren Höhe und der Begünstigte könnten von der Gemeinde oder vom Kanton festgelegt werden. Doch darauf wollen Gemeinde und Regierung nicht eingehen: Ihre Geduld für die «Odysseerose» scheint am Ende zu sein.

Geld aus der Deponie ermöglicht die Grüngutsammlung

Bürglen Die Verantwortlichen der Zaku konnten an der Generalversammlung erfreuliche Zahlen vorlegen. Im Herbst soll die Sammlung von Kunststoff vereinheitlicht werden.

In Zukunft gibt es im gesamten Kanton für das Sammeln von Mischkunststoff nur noch einen Sack. Dieser kann an verschiedenen Orten gekauft und an allen Sammelstellen zurückgegeben werden (siehe unsere Zeitung vom 23. Mai).

«Die Zaku realisiert eine partnerschaftliche Lösung mit den privaten Anbietern», sagte Verwaltungsratspräsident Beat Walker am Montag an der Zaku-Generalversammlung in Bürglen. Er verhehlte nicht, dass es Diskussionen mit den bisherigen Anbietern gab. Der 110 Liter fassende Sack kostet 2.60 Franken. An der Versammlung wurde die Frage nach einem kleineren Sack gestellt. Zurzeit ist ein solcher aber nicht geplant. Die Einführung des einheitlichen Sacks steht im Zen-

trum des geplanten Auftritts der Zaku an der Wirtschafts- und Erlebnismesse Uri 18.

Hanspeter Bonetti informierte über den Stand der Deponieplanung. Im Bereich der Felsnase zwischen dem Steinbruch der Gasperini AG und der Deponie der Zaku in Attinghausen kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Felsabbrüchen. Diese beeinträchtigen die Arbeitssicherheit in den Betrieben unterhalb des Steinbruchs wesentlich. Die Beurteilung durch den Geologen hat ergeben, dass nur mit dem Abbau der instabilen Felsnase und mit verschiedenen Massnahmen oberhalb der Deponie die Arbeitssicherheit wieder gewährleistet werden kann. An der Gemeindeversammlung Attinghausen wur-

de am Montag über eine entsprechende Anpassung des Nutzungsplans befunden.

Rekordmenge an Schlacke sorgt für gutes Ergebnis

Die Zaku kann auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Delegierten der Gemeinden hiessen die Jahresrechnung klar gut. Diese schliesst mit einem Gewinn von 240 000 Franken ab. Ein Grund dafür ist die rekordmässige Anlieferung von Schlacke. Die Deponie ist mit rund 5,5 Millionen Franken Ertrag das stärkste finanzielle Standbein der Zaku. Die Rekordmenge von 62 000 Tonnen Schlacke wurde von der KVA Rennergia und der KVA Linth angeliefert. Die Zaku präsentiert sich auch im Internet auf einem aktu-

«Die Zaku realisiert eine Lösung mit den privaten Anbietern.»



Beat Walker
Zaku-Verwaltungsratspräsident

ellen Stand. Technisch erneuert wurde die Website www.zaku.ch. Sie soll nun auch mit dem Tablet oder auf dem Smartphone gut lesbar sein. Wie Zaku-Geschäftsführer Edi Schilter aufzeigte, wurde diese übersichtlicher gestaltet und inhaltlich frisch strukturiert.

Erneuert werden konnten auch die Verträge mit der Korporation Uri. Der Deponievertrag wurde überarbeitet und aktualisiert. Angepasst und verlängert wurde auch der Baurechtsvertrag für die Gebäulichkeiten in der Eielen in Attinghausen.

Beat Walker informierte über die Grünabfuhr. Geleert werden im ganzen Kantonsgebiet rund 5300 gemeldete Behälter. Die Sammlung ist für die Haushalte gratis, verursacht aber Kosten

von rund 560 000 Franken. «Die Grüngutsammlung wird mit dem aus der Deponie erwirtschafteten Geld quersubventioniert», so Walker. Es soll aber vorderhand auf die Einführung einer Gebühr verzichtet werden. Mit der Sammlung soll auch die Gefahr von wilden Deponien eingedämmt werden.

«Wir sind bemüht, Kehrichtsammlungen in jeder Gemeinde wenn immer möglich durchzuführen», sagte Beat Walker auf eine Frage zu der nach starkem Schneefall gesperrten Strasse nach Realp. In diesem Fall sei aber nicht absehbar gewesen, wann die Strasse wieder öffne, ergänzte Edi Schilter.

Markus Zwysig
markus.zwysig@urnerzeitung.ch